

Denkpause

► EU-Abkommen mit Terrorstaaten > S. 6 ► Reaktionen auf Denkpause 18 > S. 6

03.02
08.07.02
Nr. 19

GUE/NGL

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT



Abschottung an den EU-Außengrenzen

Grenzüberschreitungen zwischen Rechtspopulismus und Rot-Grün

Wo ist die Grenze zwischen europäischem Rechtspopulismus und der rot-grünen Bundesregierung Deutschlands? In der Ausländer-Raus-Politik fällt es schwer, Unterschiede zu finden. Immer besser sichtbar wird dagegen die Grenze zwischen der EU und dem Rest der Welt. Nach den Beschlüssen unter anderem des Europäischen Rates von Sevilla soll eine immer härtere Abschottung erfolgen.

[...SEITE 2]

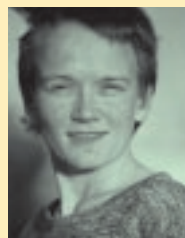
Europa im Container

Speicherung elektronischer Kommunikationsdaten in der EU

Der Ausbau der EU zu einem Raum der unbegrenzten Überwachung schreitet voran. Nachdem das Europäische Parlament die Speicherung von Verbindungsdaten grundsätzlich befürwortet hat, plant der Rat schon den nächsten Schritt: Schon bald soll es in der Union nicht mehr gestattet sein, über Entfernungen zu kommunizieren, ohne sich dabei in die Fahndungsdateien der Polizeibehörden einzuschreiben.

[...SEITE 4]

Lieber LeserIn,



die Reaktion der Europäischen Union auf weitere Beihilfen für die finanzielle Förderung von palästinensischen Terroristen mit EU-Mitteln ist dürftig. Keine Untersuchung, keine Konsequenzen, kein politisches Problembewusstsein

sein heisst die Schlussfolgerung des EU-Außenkommissars Patten in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments. Ein EU-Kommissar sollte sich dabei nicht hinter legalistischen Haushaltsregeln der Europäischen Union verstecken, sondern muss die politische Dimension der Terrorhilfen an die Palästinensische Autonomiebehörde begreifen. Wenn der Kommissar alle Verantwortung der Europäischen Union abstreitet und sie allein bei der Palästinensischen Autonomiebehörde sucht, dann hat er die Regelung: »Eltern haften für ihre Kinder« nicht richtig verstanden. Jedes Elternpaar, das Kleinkindern weiterhin den Zugang zu Streichhölzern ermöglicht, obwohl der Nachwuchs bereits einmal die Wohnung abgefackelt hat, wird aus guten Gründen bestraft. Nichts wissen und nichts wissen wollen darf nicht als Entschuldigung durchgehen – nicht bei Eltern und schon gar nicht in der Nahost-Politik der Europäischen Union. Und wenn das Haus brennt, dann muss der Brandstifter eigentlich auch die Löscharbeiten bezahlen. Das bedeutet nicht nur, dass die EU nicht länger Schadensersatz für die mit europäischen Steuergeldern geförderte palästinensische Infrastruktur verlangen sollte. Zusätzlich müssten der israelischen Verteidigungsarmee auch Euro-Schecks für ihren Feuerwehreininsatz überreicht werden. Wenn Rat und Kommission weiterhin nicht zu einer ernstzunehmenden Untersuchung und politischen Konsequenzen bereit sind, muss das Parlament daraus Konsequenzen ziehen. Es müssten erste Schritte zur Einrichtung eines Untersuchungsausschusses unterzogen werden. Das Europäische Parlament hat bereits für weitaus weniger dramatische Vorhaben eine Kommissionen einen solchen Ausschuss beschlossen.

IHRE ILKA SCHRÖDER

Abschottung an den EU-Außengrenzen

Grenzüberschreitungen zwischen Rechtspopulismus und Rot-Grün

Wo ist die Grenze zwischen europäischem Rechtspopulismus und der rot-grünen Bundesregierung Deutschlands? In der Ausländer-Raus-Politik fällt es schwer, Unterschiede zu finden. Immer besser sichtbar wird dagegen die Grenze zwischen der EU und dem Rest der Welt. Nach den Beschlüssen unter anderem des Europäischen Rates von Sevilla soll eine immer härtere Abschottung erfolgen.



UNHCR

<http://www.unhcr.de/>

Spanische EU-Ratspräsidentschaft (mit Abschlussdokumenten)
<http://www.ue2002.es>

Europäischer Flüchtlingsrat
<http://www.ecre.org>

Pro Asyl
www.proasyl.de

Ilka Schröder zu Festung Europa
<http://www.ilka.org/themen/fe.html>

No Border Camp Strasbourg
19.-28.07.2002
http://www.noborder.org/item_upcoming.php?id=122

■ Der deutsche Bundeskanzler

Gerhard Schröder unterstützte die Idee seines spanischen Kollegen Aznar, Staaten zu sanktionieren, die sich bei der Bekämpfung von flüchtenden Menschen nicht kooperativ verhalten. Die Gruppe der Abschottungs-Hardliner besteht neben Spanien aus den herkömmlich-rechtspopulistischen Regierungen von Italien, Dänemark und Österreich sowie den sozialdemokratischen Rechtspopulisten aus Deutschland und England. Gegen den Widerstand aus Schweden, Frankreich, Belgien und Luxemburg (die ihre nationalen Asylgesetze zum Teil ebenso verschärften) konnten diese sich aber nicht auf ganzer Linie durchsetzen. Sanktionen sind nur vage als letzte

in Frage kommende Möglichkeit genannt, deren Vollzug in jedem Fall alle EU-Staaten zustimmen müssen. Frankreichs konservativer Innenminister Nicolas Sarkozy will keine negative Haltung gegenüber den Herkunftsstaaten einnehmen. »Man kann nicht die Botschaft verbreiten, dass die reichen Länder die Armen bestrafen« nahm er zu den Sanktionsplänen der deutschen Bundesregierung Stellung.

Menschenfreundlichkeit kann man den SanktionsgegnerInnen allerdings auch nicht bestätigen. De-facto sind Zuckerbrot und Peitsche beide gleich wirkungsvoll, es ist lediglich etwas stilvoller, andere

Staaten nicht »bestrafen« zu wollen. Beschlossen worden ist eine in Diplomatenkreisen durchaus verständliche Botschaft.

»Der Europäische Rat ist der Ansicht, dass die Beziehungen zu den Drittländern, die nicht zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung bereit sind, systematisch evaluiert werden müssen. Dieser Evaluierung wird im Rahmen der Beziehungen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten zu den betreffenden Ländern in allen einschlägigen Bereichen Rechnung getragen. Eine unzureichende Zusammenarbeit seitens eines Landes könnte der Intensivierung der Beziehungen zwischen dem betreffenden Land und der Union abträglich

Bestrafung von Drittstaaten – diplomatisch ausgedrückt

sein.« Gerhard Schröder ist das nicht genug. Er kommentiert das Rats-Ergebnis mit offensichtlichen Einverständnis des grünen Koalitionspartners: »Ich hätte mir mehr gewünscht, was Sanktionen angeht.« Bis Ende 2002 sollen die europäischen Grenztruppen gemeinsame Aktionen an den Außengrenzen gegen Illegale und FluchthelferInnen starten; die für Einwanderungsfragen zuständigen Beamten sollen in der gleichen Zeit ein Informationsnetz knüpfen. Ebenfalls noch in diesem Jahr soll die

Asylrecht legal nicht mehr wahrnehmbar

Dubliner Konvention über die Entgegennahme des

Asylantrages (d.h. nur im ersten EU-Ankunftsstaat kann ein Asylantrag gestellt werden) als EU-Verordnung gebilligt und damit zum verbindlichen Gemeinschaftsrecht erklärt werden. Noch ein halbes

▶▶▶

Jahr bleibt dann Zeit für die Idee einer besseren Beamtenausbildung und die Anfertigung einer Studie über eine »gerechte Lastenverteilung« bei den Aufwendungen für die Grenzabschottung. Gemeinsame Standards für Asylverfahren sollen bis Ende 2003 in Kraft gesetzt werden.

In den einzelnen Mitgliedsstaaten werden unterdessen die Einwanderungsgesetze gleichzeitig weiter ökonomisiert und verschärft. In Deutschland helfen Beschlüsse des grünen Parteirates wie »uns geht es darum, Verschlechterungen gegenüber dem bestehenden Ausländerrecht zu vermeiden...« nicht wirklich gegen Verschlechterungen durch die selbst gestellte Bundesregierung. Mit der Green-Card hat Rot-Grün erreicht, dass MigrantInnen in Deutschland immer stärker unter dem Aspekt der Verwertbarkeit ihres Humankapitals beurteilt werden. Zusätzlich zum völkischen deutschen Rassismus wird damit der sozioökonomische legal verankert.

Mit dem neuen Zuwanderungsgesetz wird der Aufenthaltsstatus »Duldung« komplett gestrichen, stattdessen erhalten Kriegsflüchtlinge nur eine »Bescheinigung«. Über sie wurde ein totales Arbeitsverbot verhängt und sie können leichter abgeschoben werden. Unter das rassistische Asylbewerberleistungsgesetz (gekürzte Sozialhilfe, Gutscheine und Lebensmittelpakete statt Geld, Sammellager) fallen nun alle Kriegsflüchtlinge, humanitären Flüchtlinge und Flüchtlinge mit Bleiberecht auf Grund der Altfallregelung. Die Strafen bei Zuwiderhandlungen gegen die Residenzpflicht (Verbot, den zugewiesenen Landkreis zu verlassen) wurden drastisch verschärft. In Flüchtlingsberatungskreisen wird die Gesamtheit der Verschlechterungen durch das Zuwanderungsgesetz mit den Auswirkungen des sogenannten Asylkompromisses von 1993 verglichen.

In Dänemark, wo die Regierung von der parlamentarischen Unterstützung der ausländerfeindlichen dänischen Volkspartei abhängig ist, wurde ein mehrstufiger Plan verabschiedet, nach dem eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erst nach sieben statt bisher drei Jahren vergeben wird. Während dieses Zeitraums werden keine Sozialleistungen mehr gezahlt. Arrangierte Hochzeiten sollen verhindert werden, wobei alle Hochzeiten zwischen Däninnen und Nicht-EU-AusländerInnen

erstmal als arrangiert angesehen werden. Die gesamte Flüchtlingsdefinition wurde beschnitten.

Italien hat im April ein Gesetz zur Intensivierung von Abschiebungen geschaffen. Wessen Asylantrag abgelehnt wurde, sollte ab diesem Moment illegal und ausreisepflichtig sein, ohne irgendeinen Rechtsweg ausschöpfen zu können.

Großbritannien will ebenfalls Abschiebungen ausdehnen. In einem Beschluss des Parlaments wurde der Regierung erlaubt, Kinder von Asylsuchenden von anderen Schulkindern zu trennen. In Österreich hat die rechtspopulistische Regierung schon im letzten Jahr ein Fingerabdrucksystem für Asylbewerber eingeführt. Jetzt plant Innenminister Ernst Strasser (ÖVP), über alle Asylanträge in zwei großen Callcentern innerhalb von 72 Stunden entscheiden zu lassen.

Mit ihrer weiter verschärften Immigrationspolitik belohnt die Europäische Union (»Union der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts«) diejenigen Staaten, die ihre Staatsangehörigen einsperren. Reisefreiheit ist nicht Voraussetzung für gute Beziehungen, sondern Hindernis. Ein Staat wie die DDR, die mit Mauer, Stacheldrahtzaun und Minen ihre Grenzen gegen Ausreisewillige sicherte, wäre also der ideale EU-Beitrittskandidat. Gäbe es die DDR heute noch, würde sie wahrscheinlich mit zusätzlicher Entwicklungshilfe und Freihandelsabkommen für den Schießbefehl belohnt.

Die Flucht aus der DDR in die BRD war seinerzeit ebenfalls illegal. Statt Grenzabschottung und Verfolgung der SchleuserInnen wurden die oft als Wirtschaftsflüchtlinge anzusehenden Menschen aber erfreulicherweise mit Begrüßungsgeld und anderen Hilfen empfangen. Ihre ökonomische Situation im Herkunftsland war damals nicht annähernd so dramatisch wie die der heutigen Flüchtlinge, doch weil sie deutsches Blut in den Adern hatten und aus einem realsozialistischen Staat geflohen waren, konnten sie sich auf die warmeherzige Aufnahme in der BRD verlassen. SchleuserInnen wurden damals FluchthelferInnen genannt, sie konnten erfolgreich vor westdeutschen Gerichten den vereinbarten SchleuserInnenlohn einklagen. Die DDR-Mauerschützen wurden nach dem Beitritt zur BRD ebenso selbstverständlich vor Gericht gestellt wie bran-

Asylentscheidungen im Callcenter?

DDR wäre idealer EU-Nachbar

Reisefreiheit unterstützen

Nationale Abschreckung in vielen EU-Staaten



denburgische Taxifahrer, die in den 90er Jahren ausländisch aussehende Menschen ohne Kontrolle der Aufenthaltsberechtigung innerhalb Brandenburgs transportieren. Wenn flüchtende Menschen aber aus Angst vor BRD-Grenzsoldaten in Oder und Neiße ertrinken oder auf einer Verfolgungsjagd beim Zusammenstoß mit einem Baum getötet werden, kommen die GrenzschützerInnen ungeschoren davon.

Als Konsequenz aus den Erfahrungen mit der Flucht aus der DDR sollten diejenigen Drittstaaten, die ihren Staatsangehörigen eine selbstbestimmte Lebensgestaltung mit dem Recht auf freie Bewegung weltweit ermöglichen, gefördert werden – statt sanktioniert. Die finanzielle Unterstützung der SchleuserInnen aus EU-Mitteln könnte den Gedanken eines »Raums der Freiheit« glaubhafter vermitteln als die Abschottung der Union. Neben der Möglichkeit für jede und jeden, dort zu leben, wo er oder sie will (was sich Deutsche, die sich in der Toskana oder auf Mallorca niederlassen, selbst genehmigen) hätte eine Förderung von SchleuserInnenbanden und Schleuserstaaten noch den weiteren Vorteil, dass das Asylrecht in der EU wieder in Anspruch genommen werden könnte.

Sogar in einer vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) in Auftrag gegebenen Studie wurde festgestellt, dass dies im Moment auf legale Weise kaum möglich ist. Der britische Sozialwissenschaftler John Morrison kommt dort zu dem Ergebnis, »dass in der Praxis die auf Grenzbefestigung und den Kampf gegen Menschenschmuggel zielende Politik in Europa das Asylgrundrecht in einem Ausmaß unterhöhlt hat, das es nicht mehr als berechtigt erscheinen lässt, von einem Fortbestand dieses Grundprinzips der Menschenrechte auszugehen«. Die UNHCR-Studie wurde bereits vor zwei Jahren vorgelegt, heute ist

die Situation für Einreisewillige noch dramatischer. Ohne SchleuserInnen ist ein Einreiseversuch in die EU wenig aussichtsreich. Die FluchthelferInnen müssen wegen der erhöhten Abschottungsmaßnahmen ihre Preise erhöhen und den Reisekomfort reduzieren oder sie können ihre bisherigen Gewinne nicht mehr realisieren.

Rassistische Stimmungsmache

Abscheulich ist neben den wachsenden Problemen für MigrantInnen an den Grenzen auch die von der europäischen Sozialdemokratie vorangetriebene rassistische Stimmungsmache. Bereits vor den guten Wahlergebnissen von Rechtsextremen in mehreren EU-Staaten definierten die Sozialdemokraten im finnischen Tampere die EU-Einwanderungspolitik als vorrangig zu bearbeitendes Problemfeld. Die auf ausländerfeindlichen Kampagnen der politischen Mitte stets folgenden rechten Wahlerfolge werden nun als Grund für noch mehr sozialdemokratische Abschottungspolitik und Überfremdungsrhetorik angesehen. In einer Aufwärtsspirale werden darauf sicherlich noch mehr Prozente für RechtspopulistInnen folgen. Dass dieses für die MigrantInnen in Deutschland ein besonderes Problem darstellt, kann allerdings nicht angenommen werden, da ja auch die neue deutsche rot-grüne Mitte bereits rechtspopulistische Migrationspolitik betreibt. MigrantInnen erleiden durch die Stimmungsmache aber die abgestuften Reaktionen der sogenannten Zivilgesellschaft, deren Bandbreite von der einfachen Ausgrenzung und Diskriminierung bis hin zu tödlichen Anschlägen reicht.

Selbst in den Maßstäben der deutschen Bundesregierung (Ausländer, deren Humankapital nicht gebraucht wird, raus) gäbe es andere Möglichkeiten, den Rechtspopulisten Wind aus den Segeln zu nehmen: Von den innerhalb der EU lebenden Menschen kommen nur 3,4 Prozent aus Nicht-EU-Staaten. Die Zahl der in Deutschland genehmigten Asylanträge fiel von 438.000 im Jahr 1992 auf nur noch 78.500 im Jahr 2000. Wenn solche Tatsachen weiterhin verschwiegen werden, aber vor Flüchtlingsmassen gewarnt wird, dann liegt der Verdacht nahe, dass Rot-Grün nicht nur aus falscher Hoffnung auf Wählerstimmen vom rechten Rand, sondern aus eigener Überzeugung heraus einen ausländerfeindlichen Wahlkampf macht. <<<

Europa im Container

Speicherung elektronischer Kommunikationsdaten in der EU

Der Ausbau der EU zu einem Raum der unbegrenzten Überwachung schreitet voran. Nachdem das Europäische Parlament die Speicherung von Verbindungsdaten grundsätzlich befürwortet hat, plant der Rat schon den nächsten Schritt: Schon bald soll es in der Union nicht mehr gestattet sein, über Entfernungen zu kommunizieren, ohne sich dabei in die Fahndungsdateien der Polizeibehörden einzuschreiben.



■ **Manchmal kommt es** noch schlimmer, als mensch ohnehin schon denkt: Mit einer knappen Abstimmung des EU-Parlaments zur Datenspeicherung war zu rechnen. Aber dass sich letztlich nur 113 Abgeordnete finden würden, die gegen eine neue Qualität des Überwachungsstaats und für den Schutz der Privatsphäre stimmen würden, war kaum vor auszusehen. In der ersten Lesung der EU-Richtlinie zum »Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation« hatte sich vor einem halben Jahr noch das gesamte Haus einstimmig für ein Verbot der Flächen deckenden Speicherung von Verkehrsdaten ausgesprochen.

Am 25. Juni hat der Rat der UmweltministerInnen – Sie lesen richtig, der UmweltministerInnen – dem Parlamentsbeschluss ohne weitere Änderungen zugestimmt. Das war nicht weiter überraschend, denn der Beschluss war nur durch intensives Lobbying des spanischen Ratsvorsitzes vor allem bei Konservativen und SozialdemokratInnen zustande gekommen. Während der ersten Augusthälfte soll die Richtlinie im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden. Dann wird es in Europa

keine Datenschutzvorschrift mehr geben, die die Staaten daran hindert, bis auf den Inhalt im engeren Sinn jedes Detail jeder elektronischen Kommunikation aller Personen, die sich in der EU aufhalten, jahrelang zu speichern. Diese Totalüberwachung soll ohne jeden Verdacht stattfinden, nur für den Fall, dass Geheimdienste und Polizei irgendwann einmal etwas davon brauchen könnten.

Von der EU wird dies als Notwendigkeit im Kampf gegen den Terrorismus und als Konsequenz aus den Anschlägen vom 11. September vergangenen Jahres verkauft. Doch in Wahrheit sind solche Planungen in der EU mindestens acht Jahre alt. Schon im Januar 1995 nahm der Rat »auf Anregung« des US-Inlandsgeheimdienstes FBI ein Geheimpapier an, in dem »Anforderungen der Strafverfolgungsbehörden« an die BetreiberInnen von Telekommunikationsnetzen formuliert wurden. Angehängt an dieses Dokument war bereits eine mehrseitige Liste von Kommunikationsdetails, die gespeichert werden sollten, damit sie den Behörden auf Anforderung zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Liste reichte von der Telefonnummer bzw. IP-Adresse aller

Ilka Schröder zu Privacy im Internet
<http://www.ilka.org/themen/infotech.html>

Vorläufige inoffizielle Version der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verarbeitung personenbezogener Daten und dem Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation; nach der Abstimmung im Europäischen Parlament am 30. Mai. Die Bestimmungen zur Datenspeicherung finden sich in Artikel 15.1.
http://www.gilc.org/as_voted_2nd_read.html

»Prinzipien zur Verfügbarkeit von Daten, die zum Schutz der Öffentlichen Sicherheit notwendig sind«: Dokument der G8-Versammlung am 13. und 14. Mai in Kanada.
<http://www.g8j-i.ca/english/doc3.html>

► FORTSETZUNG SEITE 5

ISSN: 1439-5363

3.02 Denkpause 4

KommunikationsteilnehmerInnen bis zu deren »genauest möglicher Lokalisierung«.

Seitdem hat der Rat mehrere Versuche unternommen, dieser Liste in jeweils leicht veränderter Form Gesetzescharakter zu verleihen. Zuletzt ist er damit im Mai 2001 gescheitert, doch Enfpopol, die Polizei-Arbeitsgruppe des Rates, arbeitet immer neue Entwürfe aus. Die Liste der zu speichernden Daten wurde dabei immer länger.

Ein im EU-Parlament abgestimmter Änderungsantrag zu der erwähnten Datenschutz-Richtlinie drohte den Überwachungsplänen ein Ende zu bereiten; doch nach den Attentaten in den USA beschloss der Rat, einen weiteren Versuch zu unternehmen. Man lehnte den vom Parlament beschlossenen Text ab und zwang das Parlament so, sich in zweiter Lesung mit dem Text zu beschäftigen. Auf dem Ticket des »Kriegs gegen den Terror« sollte es doch möglich sein, diejenigen, die das Recht auf Privatsphäre verteidigten, als Feinde der Freiheit hinzustellen. Gleichzeitig belohnt man Staaten, die den Terrorismus fördern mit neuen EU-Assoziierungsabkommen (siehe Kurzmeldung in dieser DENKPAUSE).

Am 10. April tagte in Den Haag auf Einladung der EU-Polizeibehörde Europol eine Expertenrunde, die sich mit dem Thema Verkehrsdaten-Speicherung beschäftigte. Auch sie produzierte eine Liste derjenigen Daten, die den Polizeibehörden auf Anfrage von den Telefon- und Internet-Betreibern zu übermitteln seien. Mittlerweile war die Liste auf neun Seiten angewachsen und enthielt beispielsweise Name, Geburtsdatum und volle Adresse der KommunikationsteilnehmerInnen, Kreditkartennummern, Passwörter und Eingaben in Suchmaschinen. Nur durch eine Indiskretion wurden das Treffen und die Liste bekannt.

Noch konspirativer arbeitet eine Arbeitsgruppe beim Rat, die auf Initiative Belgiens und Großbritanniens eine Direktive entwirft, mit der die Verkehrsdaten-Speicherung EU-weit zwingend vorgeschrieben werden soll. Voraussichtlich im nächsten Jahr soll die Richtlinie durch die Institutionen gepeitscht werden, mit der der Privatsphäre im Internet und am Telefon endgültig der Garaus gemacht werden soll. Auch auf anderer Ebene waren die ÜberwachungsfanatikerInnen nicht

faul. Beim Treffen der G8-Justiz- und InnenministerInnen im kanadischen Mont Tremblant beschlossen die Gesandten der reichsten Industriestaaten Mitte Mai eine Liste, die manchen der am Tisch versammelten Damen und Herren bekannt vorgekommen sein dürfte: Bis auf einzelne Formulierungen glich sie der Liste, die einen Monat vorher die Den Haager Europol-ExpertInnenrunde besprochen hatte. In der G8-Runde ist mit den EU-Staaten Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland die Elite der europäischen Schnüffler vertreten.

In Deutschland etwa steht das »Gesetz



zur Verbesserung der Ermittlungsmaßnahmen wegen des Verdachts sexuellen Missbrauchs von Kindern und der Vollstreckung freiheitsentziehender Sanktionen« zur Verabschiedung im Bundestag an. Anders als der Titel glauben machen will, betrifft das im Bundesrat vom SPD-regierten Niedersachsen eingebrachte Gesetz längst nicht nur echte oder vermeintliche KinderschänderInnen, sondern jede und jeden, der oder die in Deutschland lebt und kommuniziert. Das Gesetz kennt keinerlei Beschränkungen, welche Daten gespeichert werden sollen und wann sie zu löschen sind: Das darf der Bundeskanzler per Rechtsverordnung bestimmen. Dass Gesetzesverschärfungen mit dem Argument des Kindsmisbrauchs begründet werden, ist ein übliches Verfahren; in der Regel werden die so durchgesetzten Änderungen nach kurzer Zeit auf weitere Tatbestände ausgeweitet.

Das Beispiel Großbritannien zeigt, auf welche Weise eine solche Ausweitung vorgenommen wird: Unter dem »Regulation of Investigatory Powers Act« (RIPA) werden dort seit Herbst 2000 Gesprächsdaten gespeichert. Zugriffsbe-

rechtigt sind bis jetzt Polizei und Geheimdienste, sie können UserInnen sogar zwingen, Kryptographie-Schlüssel herauszugeben. Vor wenigen Wochen unternahm die Regierung nun den Versuch, per Verordnung, ohne Abstimmung im Parlament, die RIPA-Vollmachten auf eine Vielzahl weiterer Dienststellen auszuweiten, etwa auf Gesundheitsämter und andere lokale Behörden. Insgesamt sollten über 1.000 staatliche Dienststellen RIPA-Anfragen stellen dürfen. Dabei klagen Provider und Telekom-AnbieterInnen auf der Insel schon jetzt, der RIPA werde von der Polizei missbraucht, um »Fischzüge«

zu veranstalten, die zu massenhaften Anfragen führten. Vorläufig ist die RIPA-Verschärfung an der Drohung des Oberhauses gescheitert, die Maßnahme umgehend wieder rückgängig zu machen. Innenminister Blunkett leistete Abbitte; vom Tisch ist der Plan damit allerdings noch nicht, und bis jetzt hat sich gerade in Großbritannien die mächtige Polizei-Lobby noch immer mit ihren Wünschen durchgesetzt.

Dasselbe lässt sich von Frankreich sagen, wo seit November vergangenen Jahres unter der »Loi sur la sécurité

quotidienne« (LSQ, »Gesetz über die alltägliche Sicherheit«) Kommunikationsdaten bis zu einem Jahr gespeichert werden. Das Gesetz stellte wie der RIP-Act zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung einen klaren Verstoß gegen die EU-Datenschutzrichtlinien 95/46/EG und 97/66/EG dar; doch die staatlichen ÜberwachungsbefürworterInnen verließen sich in beiden Fällen darauf, dass es ihnen schon gelingen werde, die EU-Gesetzgebung zu ändern, bevor irgendeine Klage erfolgreich sein würde. Damit haben sie nun offenbar Recht behalten.

Einen anderen Weg, der nicht im Widerspruch zur geltenden EU-Gesetzgebung steht, wählten einige andere EU-Staaten, etwa Italien. Dort werden Verkehrsdaten fünf Jahre lang gespeichert – angeblich zu Abrechnungszwecken. Erst nach dieser Zeit, so argumentieren die italienischen Behörden, sei eine Rechnung nicht mehr anfechtbar. Und ob es den italienischen UserInnen wichtiger ist, nach fünf Jahren noch eine Telefonrechnung anfechten zu können oder einigermaßen frei zu sein von Überwachung, ist egal – als potenziell Verdächtige werden sie wie der Rest der EU-BürgerInnen einfach nicht gefragt. <<<

Protokoll des Europol-
»Expertentreffens zu
Cyber-Kriminalität:
Datenspeicherung« am
11. April
(PDF, 110 kB).
www.statewatch.org/news/2002/may/europol.pdf

»Anforderungen« der
Strafverfolgungs-
behörden an Telekom-
munikationsbetreiber,
Ratsbeschluss vom 17.
Januar 1995.
www.statewatch.org/eufbi/eufbireq.htm

Büros im Überblick
Ilka Schröder
Postfach 080417
10004 Berlin

Fon ++49.30.22 77 14 08
Fax ++49.30.22 77 68 21
berlin@ilka.org

Rue Wiertz ASP 08 G 253
1047 Bruxelles

Fon ++32.2.84 74 49
Fax ++32.2.84 94 49
bruxelles@ilka.org

www.ilka.org

EU-Abkommen mit Terrorstaaten

■ **Mitte Juni** hat der Rat beschlossen, mit dem Iran Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen aufzunehmen. Mit Syrien wird über den Beitritt zum EU-Mittelmeer-Abkommen verhandelt. Ein Assoziierungsabkommen mit dem Libanon ist am 17.06.2002 bereits unterzeichnet worden. Alle drei Staaten unterstützen die Hisbollah in ihren Angriffen auf Israel. Die Organisationen Hamas und Islamischer Jihad verfügen über Büros in der syrischen Hauptstadt Damaskus. Syrien fördert auch die PFLP, durch die Bereitstellung von Geld, Training und als »sicherer Hafen« für ihre Mitglieder. Die PFLP wurde kürzlich sogar auf die EU-Liste derjenigen Terrororganisationen aufgenommen, deren Konten eingefroren werden müssen. Von der »Friedensbewegung« wird den USA oft vorgeworfen, aus ökonomischen Erwägungen über Krieg und Frieden zu entscheiden (»Kein Blut für Öl«). Eine solche Kritik an der Politik der EU ist bisher unterentwickelt bis nicht vorhanden, obwohl die EU-Dokumente, die dies belegen, im Internet abrufbar sind. Da wird von der EU-Kommission in einer Mitteilung an Parlament und Rat (siehe Marginalie) erst konstatiert: »Die konservativen Machtzentren (Wächterrath, Vereinigung der Sachverständigen, Verband der militanten Geistlichen u.s.w.), in denen Ayatollah Khamenei die letztend-

liche Entscheidungsgewalt innehat, kontrollieren weitgehend das Gerichtswesen, die revolutionären Streitkräfte und die Sicherheitskräfte; sie können somit die Reformen verzögern und tun dies auch nach wie vor. Sie antworten auf den Ausgang der Parlamentswahlen mit einem weitgehenden Verbot der reformerischen Presse und der Verhaftung zahlreicher der Reformbewegung angehörender Persönlichkeiten.« Dem gegenüber steht aber das »zweitgrößte Gasvorkommen in der Welt sowie die drittgrößten Erdölvorkommen« und »die geostrategische Lage des Landes ist von größter Bedeutung«, so die Europäische Kommission. In anderen Worten im gleichen Text: »Iran ist ein wichtiger Erdöl- und Gaslieferant; die strategische Lage des Landes ist von Bedeutung und Iran hat selbst große Interessen in den benachbarten Gebieten, beispielsweise in Zentralasien.« Demokratie und Menschenrechte sind für die EU also nicht einmal mehr die besänftigende Begleitmusik einer PR-Abteilung, sondern vor allem kapitalistischer Standortfaktor und geostrategischer Vorposten: »Mehr Demokratie und eine größere Achtung der Menschenrechte würden dazu beitragen, Iran zu einem stabileren Partner in

der Region werden zu lassen.« Bezüglich der Hinweise aus Israel und den USA, der Iran würde diverse Terrororganisationen unterstützen, heisst es bei der Kommission: »Einige dieser Beschuldigungen sind in der Tat nicht sehr hilfreich...«. Das Problem scheint also nicht der Terrorismus zu sein, sondern dass die Täter auch noch beschuldigt werden. Bezüglich der Unterstützung der Hisbollah musste aber selbst die EU-Kommission erkennen: »seine Unterstützung für die Hisbollah in Libanon hat das Land nie verhüllt.« Spätestens hier wird deutlich, dass die EU gegen antisemitischen Terrorismus nichts einzuwenden hat. Die Intensivierung von Wirtschaftskontakten mit Staaten, die ihre eigene Opposition und Israel terrorisieren, werden zur Regel. Durch diese Terrorförderung schafft sich die EU-Kommission dann wieder ihre eigenen Begründungen für den weiteren Grundrechtsabbau im Inneren. <<<

Wer die DENKPAUSE im Abo bekommen will, kann sie unter abodatei@ilka.org oder den im Impressum genannten Kontaktdaten kostenlos bestellen – Abbestellungen bitte an die gleiche Adresse.

Während von der EU gerne darauf hingewiesen wird, welche UN-Resolutionen Israel nicht erfüllt hat, lässt sie die mit ausdrücklicher Duldung der libanesischen Regierung agierende Hisbollah unkommentiert weitermachen, ja belohnt die Hisbollah-Unterstützer Syrien und Iran sogar mit neuen Assoziierungsabkommen. Die Hisbollah greift regelmäßig israelisches Territorium an, nicht nur die sogenannten Schebaa-Farmen.

The Middle East Research Institute
<http://www.memri.org/>
<http://www.memri.de>

Außenbeziehungen der Europäischen Union
http://europa.eu.int/comm/external_relations/index.htm

Ilka Schröder zu Militär und Krieg
<http://www.ilka.org/themen/mk.html>

Botschaft des Staates Israel in Deutschland
<http://www.israel.de>

Kommission der Europäischen Gemeinschaften
Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Die Beziehungen zwischen der EU und der Islamischen Republik Iran. KOM (2001) 71
http://europa.eu.int/comm/external_relations/iran/doc/com_2001_71nl.pdf

Reaktionen auf DENKPAUSE 18: Ein Herr von Antisemiten

Der Artikel »Die Enkel machen weiter: Deutsche Soldaten gegen Israel?« aus der letzten Denkpause erregte erwartungsgemäß zahlreiche Leserreaktionen, von denen ich drei negative kommentiert und in ihrer originären Rechtschreibung darstelle.

Ich selbst hatte zu einem Foto von einem Demoschild aus der Palästinenser-Demo in Berlin (»Laßt keinen zweiten Holocaust zu«) auf die Möglichkeit hingewiesen, sich bei der Bundeszentrale für politische Bildung grundlegende Bücher über die deutsche Vergangenheit zu bestellen. Das war vielleicht keine gute Idee. Aus der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung – Gedenkstätte Bergen-Belsen – erreichte mich nun ein Brief von J.H.K., der einen erneuten Vergleich mit Nazi-Politik vornimmt: »Die Besatzungspolitik der Israelis unterscheidet sich kaum von der der Nazis in Polen – und ich dachte, die Juden hätten aus ihrer Geschichte gelernt.« Welche Bildungsarbeit wird von der Landeszentrale wohl erst in Hannover geleistet, wenn schon in Bergen-Belsen die Frage aufgeworfen wird, »ob die Israelis nicht schon

längst zu Tätern geworden sind«? Der Schreiber hat allerdings in seiner Vermutung recht, »dass diese Gedanken Sie nicht aus Ihrer betonierten Sichtweise reissen werden«.

Herr H.-J.K. schickt eine eMail: »Werte Frau Schröder, ich kann Sie beruhigen, der Staat Israel wird nicht verschwinden oder ausgeradiert, aber sehr wahrscheinlich ist, das bald der letzte Palästinenser getötet oder vertrieben ist... Wer sich dann gegen die Politik Israels ausspricht ist sofort an Antisemit. Wie einfach kann doch Politik sein. So schafft man erst ein Herr von Antisemiten Frau Schröder.«

An Herr Antisemit wie H.-J.K. kann mich leider nicht beruhigen. Die Zahlen der zivilen Opfer der aktuellen Intifada sind auf beiden Seiten fast gleich, wie das Institut für Terrorforschung in Herzliya (www.ict.org.il/) feststellte. 568 tote PalästinenserInnen stehen 452 getöteten israelischen ZivilistInnen gegenüber. Bei der Definition von ZivilistInnen ist man relativ großzügig: »Um nicht in den Verdacht zu geraten, die Statistiken zu Gunsten Israels schön zu färben, betrachten wir palästinensische Steinewerfer als Zivilisten« (s.a.

www.n-tv.de/3021650.html). Die Zählung endet Mitte Juni, kurz bevor erneut viele israelische ZivilistInnen von palästinensischen SelbstmordattentäterInnen ermordet wurden.

U.S. schildert mir seine Erkenntnisse über den Titel Denkpause ausführlich, kommt dann aber nicht mehr zu einer Gegenargumentation. »Frau Schröder schreibt einen drei Seiten langen Artikel, für den sich jeder halbwegs politisch Interessierte zu Tode schämen würde...Ich werde es mir verkneifen, jede einzelne Aussage dieses Machwerks zu zerpflücken und lade statt dessen Frau Schröder am 3.6.2002 um 19:30 Uhr zu einer Informationsveranstaltung der Aschaffener Grünen zum Thema 'Nahost-Konflikt' ein. Dabei wird der Pressesprecher der Generaldelegation Palästinas in Deutschland, Herr Mustafa Schedadeh, die Situation im Nahen Osten einmal aus palästinensischer Sicht schildern.« Eine schöne Methode der Positionsfindung haben sich die lokalen Grünen da ausgedacht: Meine mit dem israelischen Selbstverteidigungsrecht solidarische Position wird als Machwerk bezeichnet, der Vortrag des Propagandisten der terrorfördernden Autonomiebehörde dagegen als »Informationsveranstaltung«. Fehlt nur noch die Wiederaufnahme von Jamal Karsli als Ehrenmitglied in diesen Kreisverband. <<<